



Kantonaler Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrer-Verband St. Gallen

Jahresbericht 2011 der Präsidentin

“Technology is just a tool. In terms of getting the kids working together and motivating them, the teacher is the most important.” (Bill Gates)

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem KMV

Wenn ich auf das vergangene Verbandsjahr zurückblicke, schaue ich auch auf mein erstes Jahr als Präsidentin des KMV zurück, auf das Hineinwachsen in das Amt, zu dem mir die Ereignisse nicht viel Zeit gelassen haben, auf unangenehme Überraschungen, auf den ein oder anderen Erfolg der Verbandsarbeit, auf Sitzungen, Gespräche und interessante Begegnungen mit höchst unterschiedlichen Charakteren, und auf eine sehr gute und für mich bereichernde Zusammenarbeit im Vorstand des KMV. Dafür möchte ich mich zunächst bei allen Vorstandsmitgliedern und allen für den KMV sich engagierenden Kolleginnen und Kollegen recht herzlich bedanken.

Was den KMV in den vergangenen zwölf Monaten politisch beschäftigt hat und welche Themen das aktuell sind, möchte ich im Folgenden kurz darlegen.

Lohnrunde 2010

Im November des letzten Jahres hat das Parlament im Rahmen der Budgetdiskussion festgelegt, dass den Staatsbediensteten ein Teuerungsausgleich von 0.7% zugestanden werden soll. Weil gleichzeitig die Krankenkassenbeiträge und Sozialabgaben wieder angestiegen sind (die aber in die Teuerung nicht eingerechnet werden), wird der Einzelne von der Massnahme zur Erhaltung seiner Kaufkraft wenig bemerkt haben.

Die Gespräche zur Lohnrunde 2012 haben gerade begonnen und sie werden schwierig werden. Die Personalverbändekonferenz wird wiederum den vollen Ausgleich der Teuerung fordern, darüber hinaus aber auch 2% Realloohnerhöhung. Wir sind uns bewusst, dass der Kanton sich in finanziell schwierigen Zeiten befindet. Wir sind aber auch der Meinung, dass das Staatspersonal mit den geforderten Einsparungen von 50 Millionen Franken seinen Sparbeitrag dann auch einmal geleistet hat und nicht immer weiter zurückstecken muss.

Personalgesetz

Ebenfalls in der Novembersession 2010 wurde das Personalgesetz vom Kantonsrat beraten und darüber abgestimmt. Ziel war, die Anstellung des Staatspersonals den Gegebenheiten in der Privatwirtschaft anzugleichen. Von Regierung und Personalvertretern war ein Kompromiss ausgehandelt worden, der dem Kantonsrat vorgelegt wurde. Der Kantonsrat wollte die Vorlage allerdings noch abgeändert haben und hat gewisse Verschlechterungen beantragt und beschlossen. Die Vereinbarung einer Sozialpartnerschaft zwischen Angestellten und Regierung wurde ebenso gestrichen wie z.B. die Festsetzung eines Mindestlohnes. Von den Nachteilen für das Staatspersonal abgesehen ist die Tatsache besonders störend, dass die Änderungen vom Kantonsrat ohne Not vorgenommen worden sind. Die Regierung, welche eine Sozialpartnerschaft schlussendlich praktizieren müsste, war schliesslich mit ihr einverstanden. Das Staatspersonal hat den Kantonsräten darum die „rote Karte“ gezeigt und symbolisch überreicht. Ihre Unterschriften auf den Listen, die im Frühjahr an den Schulen ausgelegt waren, haben zum Erfolg der Aktion beigetragen, herzlichen Dank dafür.

Für uns Mittelschullehrerinnen und –lehrer bringt das neue Personalgesetz eine Verbesserung in der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Allerdings wird die Einführung dieses Vorteils wohl im Zuge der Sparmassnahmen noch etwas hinausgeschoben. Nachteile bringt es z.B. im Kündigungsschutz. Neu muss jemand auch dann nicht mehr eingestellt werden, wenn sich eine Kündigung als missbräuchlich herausgestellt hat. Umso wertvoller und wichtiger ist eine Mitgliedschaft beim KMV, umso wichtiger ist ein starker Berufsverband.

Steuererklärung – erhöhter Pauschalabzug gestrichen

Im Januar erreichte uns die überraschende Nachricht, dass in der Steuererklärung nicht mehr wie bis anhin üblich das Arbeitszimmer und eine leicht erhöhte Pauschale für die Berufsausgaben angegeben werden konnten. Wir haben sofort mit dem Steueramt Kontakt aufgenommen und immerhin erreicht, dass die Steuererklärungen von uns Mittelschullehrerinnen und –lehrern für 2010 grosszügig behandelt werden und auch nicht belegte Abzüge, sofern sie plausibel gemacht werden können, berücksichtigt wurden. Wie die Sache 2011 aussehen wird, ist noch offen. Anders als von uns erhofft, wird eine neue Pauschale oder eine neue Ausnahmeregelung nicht mehr auszuhandeln sein. Ein im Juli erschienener Eintrag im St. Galler Steuerbuch macht dies unmissverständlich klar. (StB 39.1, zu finden unter http://www.steuern.sg.ch/home/sachthemen/knowledge_center/steuerbuch/inhaltsverzeichnis/art_29_52/stb391.html)

Zu den übrigen Berufsauslagen gemäss Art. 39 Abs. 1 lit. c StG gehören auch die Kosten für ein beruflich bedingtes Arbeitszimmer in der Privatwohnung oder im Eigenheim des Steuerpflichtigen. Sie gelten grundsätzlich als mit der Pauschale abgegolten. Eine Kumulation der Pauschale mit einem Abzug der tatsächlichen Kosten für ein Arbeitszimmer ist nicht möglich. Werden übrige Berufsauslagen einschliesslich Arbeitszimmerkosten geltend gemacht, welche insgesamt die Pauschale übersteigen, müssen sämtliche tatsächlichen Aufwendungen nachgewiesen werden (SGE 2007 Nr. 19). Dies gilt für sämtliche Berufsgruppen. Das Gebot der Gleichbehandlung verbietet es, in der Veranlagungspraxis für einzelne Berufszweige unterschiedliche Pauschalen und zusätzliche Abzüge festzulegen (SGE 2010 Nr. 21). Die Abzugsfähigkeit der effektiven Kosten anstelle des Pauschalabzugs beurteilt sich nach dem Kriterium der beruflichen Notwendigkeit, wobei der Steuerpflichtige diesen Nachweis zu erbringen hat (Art. 21 Abs. 3 StV).

Unabhängig vom Beruf kann jeder Arbeitnehmer 2000 Franken an Berufskosten deklarieren. Es ist aber auch eine Tatsache, dass Lehrerinnen und Lehrer mehrheitlich zuhause Arbeitszimmer haben, weil an den Schulen keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Darüber hinaus finanzieren sie bisher einen grossen Teil ihrer Arbeitsmaterialien selbst. Jetzt sollen wir ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten auch nur dann zurückerhalten, wenn für jedes benutzte Blatt Papier und jeden gekauften Bleistift ein Beleg eingereicht wird. Das halten wir für nicht gerecht und mit viel zu viel Aufwand verbunden.

Es ist ohnehin störend, dass wir Lehrerinnen und Lehrer für unser Arbeitsmaterial weitgehend selbst aufkommen müssen. An und für sich hat der Arbeitgeber das Arbeitsmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Anforderungen an den Unterricht sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und damit auch der Aufwand und die Aufwendungen für Lehrerinnen und Lehrer. Wir fotografieren, faxen, scannen und drucken auf dickes, dünnes, weisses oder buntes Papier; wir legen ab, ordnen ein, archivieren Daten auf Festplatten und Speicherkarten, besorgen immer wieder irgendwelche Gegenständen für die Schule, um Dinge anschaulich und interessant zu machen.

Niemand würde verlangen, dass Mitarbeiter einer Bank Computer, Stift, Papier und Briefumschläge selbst mit zur Arbeit bringen und die Rechnung für den Telefonanschluss in ihrem Büro privat begleichen. Wir möchten daher, dass auch wir zukünftig unser Arbeitsmaterial wie alle anderen Kantonsangestellten zur Verfügung gestellt bekommen oder angemessen für unsere Auslagen entschädigt werden.

Sparmassnahmen

Um Geld und Kosten geht es auch bei dem wohl dominantesten Thema des vergangenen Verbandsjahres. Fehlende Steuereinnahmen nach Steuersenkungen und die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage haben zu einem strukturellen Haushaltsdefizit geführt, auf das jetzt mit einer Reduktion der Ausgaben reagiert werden muss. Die Sparvorschläge der Regierung, welche die Mittelschule betreffen, wurden alle bis auf einen vom Kantonsrat angenommen. Nach heftigen Pro-

testen und öffentlichen Diskussionen wurde von der Abschaffung des Schwerpunktfaches Italienisch abgesehen. Der KMV hat sich vor der Abstimmung mit einem Schreiben an alle Parlamentarier gegen die Sparmassnahmen eingesetzt. Wir haben darin auch aufgezeigt, dass in den letzten rund 10 Jahren etwa 1000 Stunden Unterricht weggespart worden sind. Wenn bald wieder Wahlen sind, kann niemand sagen, die Bedeutung der einen oder anderen beschlossenen Massnahme wäre ihm oder ihr nicht bewusst gewesen.

Der Kantonsrat hat in seiner Februarsitzung darüber hinaus noch weitere Einsparungen gefordert. 50 Millionen Franken sollen allein das Staatspersonal betreffen. Der grössere Teil dieses Sparbetrags wird anteilig auf die Departemente verteilt, es trifft damit auch das Bildungsdepartement wieder. Momentan ist noch nicht bekannt, welche konkreten Massnahmen geplant sind.

Weil die Einnahmen sich im laufenden Jahr offenbar schlechter entwickeln als budgetiert, ist das Ende des Sparens vielleicht noch nicht erreicht. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten schon jetzt nachweislich deutlich mehr als die vertraglich vorgesehenen 1940 Stunden pro Jahr. Eine weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung oder gar Lohnkürzungen kommen daher für uns auf keinen Fall in Frage.

Mittelschulgesetz

Das alte und fast drei Jahrzehnte lang gültige Mittelschulgesetz wurde im Laufe der letzten Jahre einer Revision unterzogen. Der KMV hat sich zuletzt noch für die Einführung eines Mittelschulrates stark gemacht. Es ist aus unserer Sicht ungünstig, dass in den Gremien, die für die Mittelschulen entscheiden und Weichen stellen, niemand Einsitz hat, der die Mittelschule von innen heraus kennt. In diese Lücke hätte der Mittelschulrat treten sollen. Letztlich waren es wohl eher Parteiinteressen als Sachinteressen, die im Kantonsrat der Einführung des Gremiums im Wege standen. Es ist schade, dass man die Gelegenheit hat verstreichen lassen. Über das Gesetz ist entschieden, das Geschäft aber noch nicht erledigt, denn nun stehen die Verordnungen zum Mittelschulgesetz zur Überarbeitung an. Hier sind die Details zum Gesetz ausgeführt worden, die für uns mindestens ebenso wichtig sind. Wir bauen hier auf eine gute Zusammenarbeit mit den Behörden, damit am Ende des Prozesses ein gutes Regelwerk zustande kommt.

IKA Wirtschaftsmittelschulen

Pünktlich zum Ende des letzten Schuljahres war das Konzept der neuen Wirtschaftsmittelschule fertig geworden. Neu werden Absolventen von WMS und WMI mit ihrem Abschluss auch das Handelsdiplom erhalten. Dazu waren Anpassungen an vom Bund vorgegebenen Regelungen nötig geworden. Unter anderem heisst nun das Fach Informatik neu und berufsbildungskonform IKA (Informatik, Kommunikation und Administration).

Angepasst hätte auch die Besoldung der IKA Lehrpersonen werden sollen. Es war geplant, den Stundenansatz für dieses Fach wie bei Berufsschulen üblich zu wählen, d.h. Unterricht im Fach IKA wäre schlechter bezahlt gewesen als früher die Informatiklektionen. Der KMV hat sich dafür eingesetzt, dass die Regelung für das laufende Schuljahr ausgesetzt wird und man die Angelegenheit noch einmal überdenkt. Wir sind dezidiert der Meinung, dass Mittelschullehrer an Mittelschulen wie Mittelschullehrer entlohnt werden müssen. Wir vertreten auch den Standpunkt, dass das Profil der Wirtschaftsmittelschule nicht durch kurzfristige Sparüberlegungen geschwächt werden darf. Eine Wirtschaftsmittelschule bietet mehr Unterricht als eine Berufsschule und setzt ganz andere Akzente, darin besteht gerade ihre Existenzberechtigung. Gäbe es den Unterschied nicht, könnte man das eine durch das andere ersetzen.

Revision Pensionskasse

Wie sich die Revision der Pensionskasse gestalten wird, ist momentan noch ungewiss. Bis 2013 muss die Pensionskasse allerdings verselbständigt sein. Die Gesamtvorlage zum neuen Pensionskassengesetz mit der enthaltenen Übergangsregelung ist im Kantonsrat offenbar umstritten, allenfalls wird die Vorlage daher etappiert. Wie die Etappierung aussehen könnte, welche Massnahmen allenfalls wann eingeführt werden sollen, wird von der Regierung voraussichtlich im November entschieden, im Dezember soll das Personal dazu informiert werden. Für uns Personalverbände ist dieses Geschäft ganz entscheidend. Einmal mehr geht es darum, dass nicht eine Gesetzesrevision dafür missbraucht wird, uns schlechter zu stellen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als unsere Altersversorgung. Dafür sind die Personalverbände bereit zu kämpfen. Wir müssen uns daher alle bereit machen, ab Ende des Jahres laut und deutlich für unsere Sache einzustehen.

Weitere Geschäfte und Ausblick

Pendent ist immer noch die Klage von Vertretern des Staatspersonals betreffend der Treueprämie. In Kürze wird durch den die Sache betreuenden Anwalt eine Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht werden.

In der Novembersession soll im Kantonsrat auch die Vorlage zum Volksschulgesetz beraten werden. In der Vorlage enthalten sind Massnahmen, welche die Arbeitsbelastung der Lehrpersonen auf der Volksschule senken sollen. Wir sind der Meinung, dies sei auch für die Mittelschullehrpersonen nötig, denn Studien belegen - gleich wie für Volksschulen-, dass Mittelschullehrerinnen und -lehrer Schuljahr für Schuljahr deutlich Überzeit leisten. Wenn man diese Tatsache für die eine Berufsgruppe anerkennt, kann man sie nicht für die andere leugnen.

Der Erziehungsrat schreibt im März 2009 zum Erlass des Berufsauftrags für Mittelschullehrpersonen:

3. Der Erziehungsrat nimmt zur Kenntnis, dass in vielen Eingaben darauf hingewiesen wird, dass die effektive zeitliche Belastung der Lehrkräfte heute mehr als 1940 Stunden betrage. Ziel der Stellungnahmen ist es offenbar, auf eine Reduktion des von der Regierung festgelegten Pflichtpensums hinzuwirken. Der Erziehungsrat möchte sich einer Überprüfung der Arbeitszeit der Lehrkräfte nicht grundsätzlich widersetzen. Als Beleg für eine Überlastung ist für ihn jedoch der Verweis auf eine bald zehn Jahre alte Studie aus dem Kanton Zürich nicht ausreichend, welche überdies während einer Phase substanzieller Änderungen im Mittelschulwesen erhoben worden ist (Umstellung von MAV auf MAR). Der Erziehungsrat sieht deshalb den Ergebnissen von aktuell laufenden Untersuchungen, namentlich jener des Schweizerischen Lehrerverbands LCH, mit Interesse entgegen. Vorerst besteht aus Sicht des Erziehungsrates allerdings kein Handlungsbedarf, der Regierung eine Änderung des heute geltenden Faktors von 2.0 zu beantragen.

(Protokoll des ER, 11. März 2009 / Nr. 54,

http://www.schule.sg.ch/home/mittelschule/informationen_fuer/erlasse_und_weisungen.html)

Die erwähnte Studie liegt mittlerweile vor, wir nehmen den Erziehungsrat daher beim Wort und beantragen, dass man sich – wie bei den Volksschullehrern schon geschehen – nun mit der Arbeitsbelastung der Mittelschullehrpersonen auseinandersetzt und Massnahmen ergreift.

Es gibt aber auch Erfreuliches in Zusammenhang mit den Anpassungen im Volksschulgesetz zu berichten. Die Weihnachtsferien sollen für Volksschulen fix auf zwei Wochen ausgedehnt werden. Im Entwurf zum XIII Nachtrags zum Volksschulgesetz steht nun auf S. 21 zu lesen: „Im Sinne einheitlicher Ferien auf allen Schulstufen ist die Neuregelung auch für die Mittelschulen ... und die Berufsfachschulen ... nachzuvollziehen.“

Neben den grossen Geschäften konnten wir im vergangenen Verbandsjahr wieder in einigen Fällen schnell und unkompliziert Rechtsberatung anbieten. Wir pflegen Kontakt zu Behörden, zu anderen Verbänden, namentlich zum KLV, VSG, zu Gymnasiallehrerverbänden aus Baden-Württemberg, Bayern und Österreich, suchen beim parlamentarischen Abend den Austausch mit Kantonsrätinnen und Kantonsräten.

Gerne möchte ich auf das 52. Internationale Bodenseetreffen in Überlingen hinweisen, bei dem wir uns diesmal am Samstagnachmittag mit dem Thema „Migration“ und am Sonntagvormittag mit dem Nutzen von Vergleichsarbeiten für die Schul- und Unterrichtsentwicklung auseinandersetzen werden. Sie sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

(Link zur Einladung: <http://www.bodenseetreffen.eu/aktuelles/ueberlingen-2011/index.html>)

St. Gallen, 6. September 2011

Die Präsidentin

